

1 **Nein zu Abschiebungen, Ja zum Recht auf Asyl!**

2 **Für eine solidarische und menschenwürdige Gesellschaft**

3 *„Für Menschen auf der Flucht gab es schlechtere Orte: ‚Das Lager ist ordentlich und sauber‘ und gleich in der*
4 *Nähe lag eine Stadt ‚mit Geschäften, einem Kino und so weiter, wohin die Flüchtlinge jederzeit gehen können‘*
5 *(...) Die Flüchtlinge jener Zeit waren Europäer. Zu Tausenden trafen sie im Frühjahr 1944 in der syrischen Stadt*
6 *Aleppo ein. Griechenland befand sich unter der Kontrolle eines brutalen Besatzungsregimes aus deutscher Wehr-*
7 *macht, italienischer Armee und bulgarischen Truppen.“*

8 Fabian Köhler, „Zweiter Weltkrieg – Als Europäer nach Aleppo flüchten mussten“, Spiegel Online vom 19. September 2016.

9 *„Durch Konflikte und Verfolgung erreicht die Zahl der von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen ein*
10 *trauriges Rekordniveau: Jeder 113. Mensch auf der Welt ist entweder asylsuchend, im eigenen Land vertrieben*
11 *oder Flüchtling. 65,3 Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen und sind weltweit auf der Flucht.*
12 *33.972 Menschen fliehen im Durchschnitt pro Tag aufgrund von Konflikten und Verfolgung. 51 Prozent der*
13 *Flüchtlinge weltweit sind jünger als 18 Jahre.“*

14 Pressemitteilung der UNO-Flüchtlingshilfe vom 7. Juni 2017, <http://www.presseportal.de/pm/63012/3654228>.

15 Das Recht auf Asyl ist als Teil der Menschenrechte der Vereinten Nationen und im Grundgesetz als
16 Konsequenz des vom faschistischen Deutschland begonnenen Raub- und Vernichtungskriegs, der Millio-
17 nen Menschen zu Flucht und Exil zwang, verankert worden. Noch nie nach 1945 war die Zahl der
18 Menschen, die durch Krieg und Vertreibung in die Flucht getrieben werden, so hoch wie heute.

19 Die Ursachen der Flucht, soziale Ungleichheit und Krieg, müssen bekämpft und den Flüchtenden muss
20 geholfen werden, Grenzen für Menschen müssen geöffnet und für Waffen geschlossen werden. Seit
21 über einem Jahr reagiert die Bundesregierung auf diesen humanitären Notstand stattdessen mit Ab-
22 schiebung und Abschottung:

23 Etliche Staaten werden pauschal als „sichere Herkunftsländer“ deklariert, es wird selbst in Teile der
24 Bürgerkriegsländer Afghanistan und Irak abgeschoben, die als „sicher“ deklariert werden. Auch aus
25 NRW wurde bisher nach Afghanistan abgeschoben. Pro Asyl urteilt dazu: *„Das Konzept der ‚sicheren*
26 *Herkunftsstaaten‘ zielt darauf, Schutzsuchende aus diesen Ländern abzuschrecken und sie schnell ab-*
27 *schieben zu können. Es folgt nicht menschenrechtlichen Tatsachen, sondern politischer Willkür. Die*
28 *pauschale Unterstellung, Schutzsuchende aus diesen Ländern hätten keine Schutzgründe, steht dem*
29 *Grundprinzip des Asylverfahrens – einer individuellen, sorgfältigen Prüfung des Asylgesuchs – diame-*
30 *tral entgegen.“*

31 Der Familiennachzug für subsidiär schutzbedürftige Menschen, die vor Krieg fliehen, aber laut
32 Einschätzung des Bundesministeriums für Flucht und Migration (BAMF) nicht individuell politisch
33 verfolgt werden, ist ausgesetzt worden. Damit können Angehörige zum Beispiel etlicher syrischer Ge-
34 flüchteter nicht zu ihren Familienangehörigen in Deutschland kommen. Der Kinderschutzbund klagt
35 gegen dieses Gesetz, da er es für grundgesetzwidrig hält.

36 Die Abschiebung erkrankter Menschen ist „erleichtert“ worden.

37 Die Bundesrepublik schiebt wieder aus Deutschland in die Staaten mit EU-Außengrenzen zurück, in
38 denen die Geflüchteten in Europa angekommen sind, ohne nach den sozialen Folgen für die betroffe-
39 nen Personen oder nach den Bedingungen in den neuen Aufnahmeländern zu fragen.

40 Die Bundesregierung arbeitet daran, Flüchtlingsdeals mit Staaten wie der Türkei oder Ägypten, in de-
41 nen Menschenrechte mit Füßen getreten werden, auszubauen beziehungsweise zu initiieren.

42 Mit dem Gesetz zur „besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ können Geflüchtete ohne Vorankün-
43 digung abgeschoben werden und bis zu zwei Jahre zum Verbleib in Erstaufnahme-Einrichtungen ge-
44 zwungen werden. Währenddessen können Kinder nicht zur Schule, Erwachsene nicht arbeiten und der
45 Zugang zu Rechtsmitteln ist erschwert. Dazu der paritätische Wohlfahrtsverband: „Der von CDU/CSU
46 und SPD eingebrachte Entwurf ist verfassungsrechtlich fragwürdig und missachtet insbesondere die
47 Rechte von Familien, Kindern, Traumatisierten und sonstigen besonders schutzbedürftigen Personen.
48 (...) Diese Regelung birgt die Gefahr, eine große Anzahl von Kindern ins soziale und gesellschaftliche
49 Abseits zu drängen.“

50 Mit demselben Gesetz wird die Abschiebung aufgrund von „Straffälligkeit“ verschärft. Damit wird der
51 Anspruch auch von Geflüchteten auf rechtsstaatliche Verfahren zugunsten von Abschiebung in Folter-
52 länder aufgehoben. Für das Bundesinnenministerium sind schon solche Menschen Straftäter, die „hart-
53 näckig ihre Mitwirkung an der Identitätsfeststellung verweigern“ (Homepage des Bundesinnenministe-
54 riums).

55 In der Konsequenz dieser und weiterer „Maßnahmen“ wird brachial abgeschoben. Und die Parteien der
56 zukünftigen schwarz-gelben Landesregierung in NRW sind für die Verschärfung dieses Kurses angetre-
57 ten.

58 Dieser unmenschlichen Politik ‚von oben‘ steht das Engagement, stehen Anteilnahme, Hilfsbereitschaft
59 und internationale Solidarität ‚von unten‘ aus der Zivilgesellschaft entgegen. Die Solidarität mit ge-
60 flüchteten Menschen ist ungebrochen und wird in etlichen Initiativen in der gesamten Republik fortge-
61 setzt, nur wird medial darüber – im Gegensatz zu Äußerungen der AfD – wenig berichtet. 2017 könn-
62 ten sich drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland vorstellen, Geflüchteten persönlich zu helfen.

63 Aufgrund der Solidarität der Berufsschulklasse in Nürnberg mit einem 21-jährigen, von Abschiebung
64 bedrohten afghanischen Mitschüler steht die Bundesregierung verstärkt unter Druck. Das Bundesinnen-
65 ministerium will nun eine „neue Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan“ vornehmen und hat
66 Abschiebungen nach Afghanistan vorläufig – außer für nach der Definition des Bundesinnenministeri-
67 ums straffällig gewordene Menschen – ausgesetzt, der Schüler wurde vorerst aus der Abschiebehaft
68 entlassen.

69 In dieser polarisierten politischen Lage will die verfasste Studierendenschaft Aktivitäten wie Kundge-
70 bungen, Solidaritätsaktionen etc. initiieren, um Abschiebungen zu stoppen und für das Recht auf Asyl
71 einzutreten. Dafür wird ein zeitnahes Treffen mit möglichen Bündnisorganisationen (Kein Mensch ist
72 illegal, Geflüchteten-Initiativen, Flüchtlingsrat, Bezirksschüler*innenvertretung, andere ASten und
73 weiteren) einberufen, um Solidaritätsaktionen zu planen und zu realisieren.

74 Flucht heißt auch Hoffnung auf ein besseres Leben. Für ein besseres, menschenwürdiges Leben für alle
75 Menschen wollen wir zusammenwirken.

76 „Dürfen wir zulassen, dass Menschen, die Furchtbares erlebt haben, hilflos in Elend und Krieg zurückgeschickt
77 werden? (...) Meine beiden Geschwister und ich gehörten zu den wenigen aus München deportierten Kinder, die
78 wieder zurückgekehrt sind. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir in unserem Land ein waches, gegenüber Unrecht
79 empfindliches Gespür und Bewusstsein brauchen, um als Demokratie zu bestehen. (...) Asyl und Schutz sind we-
80 der ein Gnadentat noch ein Deal. Sie sind eines der zentralen Rechte unserer Verfassungen. Aus der Geschichte
81 lernen heißt doch auch für Menschen, die vor Krieg, Terror und Not fliehen, einzutreten und ihnen Schutz zu ge-
82 ben.“

83 Aus dem Brief vom 2. Juni 2017 von Ernst Grube, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau e. V. und einer der bekanntesten Münch-
84 ner Zeitzeugen der NS-Diktatur, an die bayrische Landtagspräsidentin Barbara Stamm.